

Tobias Haas • Philipp Köncke • Jenny Simon • Ingo Stütze •  
Markus Wissen\*





## Editorial: Wieviel 1973 steckt in 2023? 50 Jahre Brüche und Kontinuitäten

Die Krisen im globalen Gefüge nehmen zu. Unterschiedliche Entwicklungen verbinden sich zu einer Dynamik, die den zeitdiagnostischen Eindruck eines kommenden Bruchs verstärkt: der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die jüngste Eskalation des Nahostkonflikts, die Verschärfung der Konkurrenz zwischen den USA und China, die Rekordinflation und Diskussionen um eine Phase der Deglobalisierung, Krisenerscheinungen liberaler Demokratien und die Bedeutungszunahme autoritärer Staatlichkeit sowie nicht zuletzt die dramatische Zuspitzung der ökologischen Krise. Die Diagnose des »globalen Kapitalismus im Ausnahmezustand«, die die PROKLA-Redaktion bereits 2016 in Heft 185 mit dem gleichnamigen Aufsatz in den Blick nahm, ist heute keine gewagte These mehr. Sie ist

vielmehr Teil eines allgemein verbreiteten gesellschaftlichen Gefühls. Die mit dem Ende des Bretton-Woods-Systems seit 1973 durchgesetzte Ausrichtung der Weltwirtschaft und die damit verbundene geopolitische Ordnung scheinen ins Wanken geraten zu sein. Befinden wir uns heute in einer Phase des Umbruchs, ähnlich wie 1973? Wieviel 1973 steckt in unserer Gegenwart? Welche der grundlegenden Veränderungen seit 1973 gilt es zu begreifen, um zukünftige Konflikte bewältigen zu können?

Dabei stellt sich auch die Frage, ob uns eine krisenhafte Reproduktion des Alten bevorsteht oder ob sich etwas Neues entwickelt. In der Krisendynamik zu Beginn der 1970er-Jahre schienen zumindest zeitweise progressive Zukünfte erreichbar: mit den Erfolgen sozialistischer Bewegungen, den

---

\* **Tobias Haas**  Tobias Haas ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit – Helmholtz Zentrum Potsdam (RIFS) und ist Redakteur der PROKLA. | **Philipp Köncke**  ist Redakteur der PROKLA und promoviert im Rahmen des Forschungsprojekts »Kampf oder Konvergenz der Kapitalismen« an der Universität Erfurt zur Internationalisierung des chinesischen Kapitalismus. | **Jenny Simon**  ist Politikwissenschaftlerin, Redaktionsmitglied der PROKLA und forscht zu Fragen der internationalen politischen Ökonomie mit besonderem Interesse für globale Finanzbeziehungen und die weltwirtschaftliche Rolle Chinas. | **Ingo Stütze** ist Politologe, promovierte zur monetären Integration Europas und ist Redakteur der PROKLA. | **Markus Wissen**  ist Redakteur der PROKLA und Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er lehrt und forscht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

von Regierungen des Globalen Südens forcierten Diskussionen um eine Neue Weltwirtschaftsordnung oder einer neu entstehenden Umweltbewegung. Auch in betrieblichen Kontexten wurde vermehrt über Konversionsstrategien debattiert (siehe hierzu den Beitrag von Philipp Frey und Felix Gnisa). Aber mit dem Kurs der marktliberalen Globalisierung wurde dieses Möglichkeitsfenster teils gewaltvoll geschlossen. Die damals eingeschlagenen Strategien zur Krisenverarbeitung veränderten die Spielregeln, um bestehende Verhältnisse zu restabilisieren – etwa die Absicherung einer profitablen Kapitalverwertung, die geopolitische Vorherrschaft der USA im kapitalistischen Lager, die Führungsrolle des US-Dollars oder die abhängige Integration des Globalen Südens in die Weltwirtschaftsordnung –, ohne allerdings die Krisenursachen grundlegend zu beheben. Sie prägen bis heute zentrale Strukturen auf geopolitischem und geökonomischem Terrain. Damit stellt sich auch die Frage nach dem Verhältnis der Krisendynamiken und -Verarbeitungsstrategien zu Beginn der 1970er-Jahre und der jüngeren multiplen Krisenkonstellation (Demirović u.a. 2011). Das gilt insbesondere für die Felder der Geld- und Währungspolitik, der Ökologie, der geopolitischen Ordnung sowie für das Verhältnis von Staat und Ökonomie.

So prägen etwa die damals auf dem Feld der Geld- und Währungspolitik eingeschlagenen Strategien – manifestiert insbesondere in der Durchsetzung des Monetarismus und der neuen Macht der Zentralbanken – bis heute das Geschehen. Der damalige US-Finanzminister John Connally konstatierte bereits 1971: Der US-Dollar ist unsere Währung, aber

euer Problem. Im gleichen Jahr kündigten die USA ihre Verpflichtung auf, ihre Währung in Gold einzulösen. Erst als die Bundesbank sich 1973 weigerte, den D-Mark-Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar weiterhin stabil zu halten, endete das Weltwährungssystem von Bretton Woods. Damit entstand ein System der freien Wechselkurse; europäische Währungen wurden im Rahmen des Europäischen Währungssystems eng miteinander verknüpft, bis es schließlich zur Einführung des Euro kam. 1973 markierte zudem den Beginn einer neuen Geldpolitik, die für sich mehr »Neutralität« gegenüber der Finanz- und Wirtschaftspolitik beanspruchte und damit die Bedeutung von Zentralbanken für den globalen Kapitalismus wesentlich veränderte. Als erste Zentralbank der Welt entschied sich die Bundesbank gleich im folgenden Jahr, offiziell ein Geldmengenziel festzulegen und damit die Fiskalpolitik wie die Lohnpolitik unter Zugzwang zu setzen, nicht nur in Deutschland, sondern ebenso in anderen Ländern der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Auch andere Zentralbanken der wichtigsten OECD-Länder schwenkten auf einen monetaristischen Kurs ein, um den Geldwert zu stabilisieren. Mit dem Volcker-Schock – 1979 hob der neu eingesetzte Vorsitzende des *Federal Reserve Board*, Paul Volcker, den US-Leitzins plötzlich drastisch an und stürzte damit nicht zuletzt die hochverschuldeten Ökonomien des Globalen Südens in eine desaströse Schuldenkrise – wurde auch in den USA der Kampf gegen die Inflation ausgerufen. Die Geldpolitik zielte darüber hinaus auf weitere Politikfelder: Sie sollte die Ar-

beiterklasse schwächen und über eine Deregulierung und Liberalisierung der Ökonomie mehr Spielräume eröffnen, um Profite zu machen (Stütze 2013).

Gleichzeitig macht die eingeschlagene Geld- und Währungspolitik Krisen wahrscheinlicher. Interessanterweise konnten die USA und die dort verankerten transnational orientierten Kapitalfraktionen die Krisendynamiken zumindest zeitweilig nutzen, um über die neu etablierte IWF-Politik der Strukturanpassung in Zahlungsnot geratene Ökonomien für westliches Kapital zu öffnen (siehe hierzu den Beitrag von Frauke Banse). Damit gelang es den USA, wie auch bei der markliberalen Reorganisation der Weltwirtschaftsordnung insgesamt, ihre politische Vormachtstellung im kapitalistischen Lager durch die ökonomische Integrationsdynamik auf neue Füße zu stellen, sie über die zunehmende Globalisierungsdynamik hinweg zu reproduzieren und mit dem Ende der Systemkonkurrenz schließlich global durchzusetzen. Allerdings erzeugten die zu Beginn der 1970er-Jahre eingeschlagenen Strategien langfristig auch Entwicklungen, die sich heute zu neuen Krisendynamiken und Konfliktkonstellationen verdichten. Hierzu zählt etwa die 1971/72 durch die US-Regierung initiierte und gegen die Sowjetunion gerichtete Integration der chinesischen Ökonomie in die Weltwirtschaft, die im Aufstieg Chinas, in einer massiven Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt und in Konflikten um globale Einflussphären mündete (Schmalz u.a. 2022).

Nicht nur in Chile folgte auf den Putsch des chilenischen Militärs eine Militärdiktatur, die gestützt durch die

Chicago Boys neoliberale Strukturreformen durchsetzte (siehe hierzu den Beitrag von Jakob Graf und Anna Landherr). 1976 kam auch in Argentinien eine Militärjunta an die Macht. Im Gegensatz zur Durchsetzung von autoritärer Staatlichkeit in Lateinamerika sind die 1970er-Jahre in Südeuropa durch ein Ende der Militärdiktaturen in Griechenland, Portugal und Spanien und den Übergang zu parlamentarischen Demokratien geprägt. In den 1980er-Jahren erfolgten neoliberale Strukturreformen und der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft. Damit stellt sich die Frage nach den inneren Zusammenhängen von politischen und ökonomischen Umbrüchen in den 1970er-Jahren und denen der heutigen Zeit. Denn die neoliberale Globalisierung befindet sich in einer tiefen Krise und zugleich mehren sich die Anzeichen dafür, dass Staatlichkeit einen zunehmend autoritären Charakter annimmt. Dies zeigt sich etwa in den Regierungsbeteiligungen von (extrem) rechten Parteien und der Stärkung von staatlichen Repressionsapparaten, die durch den Krieg in der Ukraine und die dadurch ausgelöste Rüstungsspirale neuen Auftrieb erhalten. Zugleich verfolgen westliche Staaten vor dem Hintergrund wachsender geopolitischer Auseinandersetzungen auch verstärkt staatsinterventionistische Ansätze. Das Verhältnis von Staat und Ökonomie im globalen Kapitalismus wird also neu austariert (vgl. PROKLA 208).

Aus ökologischer Sicht öffnete sich hingegen in den frühen 1970er-Jahren ein Möglichkeitsfenster. 1972 hatte der Club of Rome die »Grenzen des Wachstums« problematisiert. Im selben Jahr fand in Stockholm die erste Weltum-

weltkonferenz statt, in deren Folge das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) gegründet wurde. Die entstehende Ökologiebewegung kämpfte vielerorts gegen das dominante Fortschrittsdenken mit seinen zerstörerischen Konsequenzen. Im Oktober 1973 wurde infolge des arabisch-israelischen Jom-Kippur-Krieges der Ölpreis drastisch erhöht. Auch andere Rohstoffe drohten sich zu verteuern, nachdem Regierungen und Befreiungsbewegungen des Globalen Südens begonnen hatten, die ungleiche Naturaneignung infrage zu stellen und eine Neue Weltwirtschaftsordnung zu fordern. In den 1970er-Jahren wurden mithin die Orientierungen, Handlungsformen und Institutionen fordristisch-neokolonialer Naturbeherrschung auf vielfältige Weise hinterfragt, alternative Lebensformen wurden ausprobiert. Dieses Möglichkeitsfenster schloss sich allerdings im weiteren Verlauf der 1970er-Jahre. In Chile, das 1972 noch Gastgeber der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) war, auf der die Debatten über eine Neue Weltwirtschaftsordnung wesentlich geführt wurden, beendete der Putsch die Reformbemühungen. Und die Verschuldungskrise schwächte den Globalen Süden als weltpolitischen und -ökonomischen Akteur, der in der Lage gewesen wäre, eine Reform der internationalen Handels- und Rohstoffordnung einzufordern. Im Globalen Norden wurde die Kritik der neuen sozialen Bewegungen am fordristischen Kapitalismus sukzessive in ein Moment der ökologischen Modernisierung transformiert, deren Effekte gleichwohl häufig vom Wirtschaftswachstum überkompensiert wurden. Nicht nur wurde im Globalen

Norden keine Abkehr vom naturzerstörenden fossilistischen Entwicklungspfad eingeleitet, sondern Länder wie China schwenkten auf genau diesen Pfad ein, sodass sich die ökologische Krise zuspitzte.

Das Verhältnis von Brüchen und Kontinuitäten der fünfzig Jahre seit 1973 beleuchten die Beiträge des Schwerpunkts aus unterschiedlichen Blickwinkeln. *Christoph Scherrer* untersucht die Dominanz des US-Dollars und zeichnet dabei nach, wie sich das US-amerikanische Währungsregime nach dem Ende des Bretton-Woods-Systems global durchsetze. Selbst die Finanzkrise ab 2007 konnte die Position des US-Dollars letztendlich noch stärken. Zwar versuchen die BRICS-Staaten, insbesondere China, Alternativen zu entwickeln und fordern das US-Währungsregime so heraus. Perspektivisch scheint sich die chinesische Initiative aber nicht so verallgemeinern zu lassen, um im globalen Kapitalismus eine Konkurrenz zum US-Dollar darzustellen.

*Frauke Banse* richtet den Blick auf die Schuldenkrisen in der Peripherie. Sie zeigt, dass Charakter und Intensität der aktuellen Schuldenkrise eng mit den Krisendynamiken des Globalen Südens verbunden sind, die zu Beginn der 1970er-Jahre einsetzten und im Verlauf der 1980er-Jahre rund um den Globus eskalierten. Banse fokussiert dabei die Bearbeitungsstrategien innerhalb der Gläubigerstaaten und erklärt, dass diese wesentlich zur Dynamik und Form der heutigen Verschuldungssituation beitrugen: die Einführung der Brady Bonds, die Strategie der Strukturanpassungsmaßnahmen des Internationalen Währungsfonds sowie die

HIPC-Initiative. Sie führten nicht nur zu einer stärker finanzierten Form der Außenverschuldung, sondern vertieften auch die »passive Extraversion« peripherer Staaten und damit deren Abhängigkeit von externer Entwicklungsfinanzierung.

*Philipp Frey* und *Felix Gnisa* richten den Blick auf die (über-)betriebliche Ebene und diskutieren gegenwärtige Praktiken betrieblicher Mitbestimmung in der deutschen Automobil- und Maschinenbauindustrie – einer Branche, die sich angesichts der digitalen und ökologischen Transformationsdynamiken tiefgreifenden Umbrüchen ausgesetzt sieht. Die Autoren zeigen, inwiefern wir die Debatten der industriellen Alternativbewegung in den 1970er-Jahren als Ausgangspunkt für heutige Konversionsstrategien betrachten können. Basierend auf einer Rekonstruktion des »Lucas-Plans«, den die Belegschaft des britischen Rüstungskonzerns Lucas Aerospace 1976 zur Umstellung von Rüstungs- auf zivile Produktion erarbeitet hat, legen sie einerseits die Grenzen heutiger sozialpartnerschaftlicher Innovationspraktiken offen und zeigen andererseits, welche Kriterien eine demokratische, proaktive Gestaltung von Unternehmenspolitik erfüllen muss, damit die sozial-ökologische Transformation gelingen kann.

*Dorothea Schmidt* untersucht die Dynamik der Aufrüstung seit der Zeit des Kalten Krieges. Ein Signum dieser Periode war nicht nur das Wettrüsten der USA und der UdSSR, vor allem bei den besonders zerstörerischen und teuren Atomwaffen. Vielmehr kam es seit Anfang der 1970er-Jahre auch erstmals zu Vereinbarungen zur Rüs-

tungskontrolle, die für die folgenden Jahrzehnte wegweisend wurden. Doch um die Jahrtausendwende wurde der Abbau nuklearer und anderer Waffen von einer neuen Welle der Aufrüstung abgelöst. Die Autorin fragt danach, wie diese Entwicklungen mit gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen zusammenhängen, die in den weiteren Beiträgen dieses Heftes untersucht werden.

*Jakob Graf* und *Anna Landherr* spannen den Bogen von 1973 bis heute mit Blick auf den Putsch des Militärs gegen den sozialistischen Präsidenten Salvador Allende am 11. September 1973. Sie rekonstruieren, dass sich das anschließend in der Militärdiktatur eingeführte neoliberale Modell durch wiederholte Wellen der »permanenten Konterrevolution« bis heute aufrechterhalten konnte. Dabei richtete sich das Projekt der Militärdiktatur nicht nur auf die Privatisierungen öffentlicher Güter und der natürlichen Ressourcen des Landes, sondern auch gegen die Partizipation der »marginalen Massen« an der Politik. Deren Partizipation wird auf unterschiedliche Weisen bis heute verhindert, wie etwa das Scheitern der Massenbewegungen der 2010er-Jahre belegt.

In ihrem Einspruch fragen *Klaus Heß* und *Mónica Baltodano Marcenaro*, was die heutige Klimagerechtigkeitsbewegung aus den Erfolgen und Niederlagen der Lateinamerika-Solidarität seit den 1970er-Jahren lernen kann. Besonders interessieren sie sich für die Solidarität mit Nicaragua, die nach dem Sturz Somozas 1979 zu einer wichtigen Strömung der westdeutschen internationalistischen Linken wurde und auch darüber hinaus in eine breitere Öffent-

lichkeit hineinwirkte. Nach dem Scheitern der Sandinisten und der Usurpation der Staatsmacht durch den ehemaligen FSLN-Comandante Ortega, aber auch angesichts der Erfahrungen, die jüngere und weniger staatszentrierte Befreiungsbewegungen im Süden Mexikos oder in Rojava gemacht haben, hat die Solidaritätsbewegung wichtige Annahmen und Praxisformen kritisch reflektiert. Patriarchale Strukturen zu kritisieren, sich auf Basisbewegungen statt auf Regierungen zu beziehen sowie themen- und länderübergreifend mit anderen progressiven Akteuren zusammenzuarbeiten, sind einige der Lehren, die sich aus den Erfahrungen der Nicaragua-Solidarität ziehen lassen und die auch die heutigen Kämpfe für eine sozial-ökologische Transformation orientieren können.

In einem Einspruch jenseits des Schwerpunkts untersucht *Nikolai Huke* die sozialen Ausschließungsmechanismen der linken Szene. Er stellt dem ein Engagement entgegen, das die Szenegrenzen überschreitet und sich konkreten Alltagsprobleme widmet und dabei eine andere politische Praxis entwickelt. *Cornelia Hildebrandt* setzt die in PROKLA 209 eingeleitete Diskussion zur Krise der Linken fort und fragt, ob DIE LINKE als politische Kraft überleben kann. Dazu untersucht sie Probleme, Ressourcen und Potenziale der Partei: inwieweit diese ihrem Anspruch, eine Friedens- und Gerechtigkeitspartei zu sein, gerecht wurde und wird, wie sie mit innerparteilicher Pluralität und mit Konflikten umging, und mit welchen Ansätzen kulturelle und strategische Defizite bearbeitet wurden oder werden sollten. Diese Überlegungen

wurden geschrieben, bevor Sarah Wagenknecht am 23. Oktober ankündigte, eine eigene Partei ins Leben rufen zu wollen. Gleichwohl bleiben sie für den Teil der Partei, der nun als »Rest-Linke« übrigbleiben wird, gültig und haben dort möglicherweise sogar bessere Chancen, umgesetzt zu werden.

*Hendrik Sander* setzt die in Heft 210 begonnene Debatte über Transformationskonflikte fort. Er verbindet die von Dennis Eversberg entwickelte Typologie sozial-ökologischer Mentalitäten mit einer Analyse von gesellschaftlichen und staatlichen Auseinandersetzungen um eine sozial-ökologische Transformation. Dabei identifiziert er vier »Hegemonieprojekte«, die in der Krise des Neoliberalismus um ihre diskursive und institutionelle Verallgemeinerung kämpfen: reaktionär, fossilistisch-konservativ, grün-kapitalistisch und emanzipatorisch. Vor allem das – in sich vielfältige und keineswegs widerspruchsfreie – Projekt eines grünen Kapitalismus habe in jüngerer Zeit Fahrt aufgenommen, sei dabei aber mit den Beharrungskräften und Widerständen seitens eines ebenfalls erstarkenden rechts-autoritären Blocks konfrontiert.

*Rudi Schmidt* ergänzt die »Perspektiven auf Ostdeutschland«, die Schwerpunkt von Heft 212 waren, und richtet den Blick insbesondere auf die Erwartungen, die in beiden Staaten vor der Vereinigung bestanden – und enttäuscht wurden. Dabei hebt er hervor, dass in der aktuellen Diskussion über die Transformation der DDR-Wirtschaft viele Missverständnisse bestehen: Gerade die Fehler und Versäumnisse aus der Ära der Treuhand sind zwar gut dokumentiert, aber unterschiedlich ein-

geordnet worden. Schließlich hält die mentale Bearbeitung der enttäuschten Erwartungen noch an und die ökonomischen Entwicklungen zeitigen politische Effekte, wenn sich das Kränkungsgefühl etwa als aggressiver Nationalismus artikuliert. Allerdings ist die Bearbeitung der unterschiedlichen Erwartungen und Erfahrungen nicht erst seit den jüngsten Wahlerfolgen der AfD in Bayern und Hessen eine gemeinsame Aufgabe der Ost- und Westdeutschen.

## Literatur

- Demirović, Alex u.a. (2011): Vielfachkrise im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg.
- Schmalz, Stefan u.a. (2022): Umkämpfte Globalisierung: Amerikanische und europäische Reaktionen auf Chinas Aufstieg im Hochtechnologiebereich. In: Berliner Journal für Soziologie 32(3): 427-454. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11609-022-00481-x>.
- Stütze, Ingo (2013): Austerität als politisches Projekt. Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise. Münster.

### Der PROKLA-Förderverein

Die PROKLA erscheint seit 1971 und bietet politisch engagierte sozialwissenschaftliche und ökonomische Analysen. Allein von den Verkaufserlösen kann sich die PROKLA nicht finanzieren, und in die Abhängigkeit von Parteien oder großen Verlagen wollte sie sich nie begeben. Deshalb wird die PROKLA von einem Förderverein herausgegeben, der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt und die nächsten Themenschwerpunkte diskutiert.

Kritische Sozialwissenschaft kann nicht dem Markt überlassen werden. Ohne solidarische Strukturen und finanzielle Unterstützung sind Zeitschriften wie die PROKLA kaum möglich. Die finanziellen Beiträge der Vereinsmitglieder ermöglichen das Erscheinen der PROKLA, sie schaffen die Voraussetzungen für Kontinuität und Planbarkeit, wie sie für die Redaktionsarbeit unabdingbar sind. Wir freuen uns über weitere Mitglieder, regelmäßige Spenden oder einmalige Zuwendungen. Weitere Informationen teilen wir gerne per E-Mail mit ([redaktion@prokla.de](mailto:redaktion@prokla.de)).

Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. | Postbank Berlin | IBAN: DE17 1001 0010 0538 1351 00 | BIC: PBNKDEFF

# PROKLA ABO

## PROKLA abonnieren und verschenken!

Wer die PROKLA für sich oder als Geschenk abonnieren möchte, findet ein Abo-Formular auf der Website des Verlages:  
[www.berzt-fischer.de/prokla-abo](http://www.berzt-fischer.de/prokla-abo)

Als Abo-Prämie können Sie sich einen der untenstehenden Titel aus unserem Verlagsprogramm aussuchen.  
Wenn Sie per SEPA-Lastschrift zahlen, sogar zwei!



Jens Renner  
**Neuer Faschismus? Der  
Aufstieg der Rechten in Italien**



Margit Mayer  
**Die US-Linke und die  
Demokratische Partei**  
Über die Herausforderungen  
progressiver Politik in der  
Biden-Ära



Decio Machado • Raúl Zibechi  
**Die Macht ergreifen, um die Welt  
zu ändern? Eine Bilanz der latein-  
amerikanischen Linksregierungen.**  
Übersetzung / Nachwort: Raul Zelik

Nina Scholz  
**Die wunden Punkte von  
Google, Amazon, Deutsche  
Wohnen & Co. Was tun gegen  
die Macht der Konzerne?**



Robin Hahnel •  
Erik Olin Wright  
**Alternativen zum  
Kapitalismus**  
Vorschläge für eine de-  
mokratische Ökonomie



**BERTZ + FISCHER**

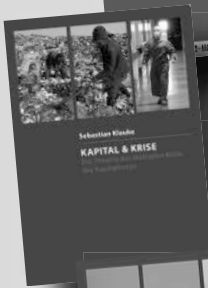
Reihe **KRITISCHE  
WISSENSCHAFT**



Hendrik Sander  
**Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus?**  
Die Energiewende nach Fukushima  
324 Seiten | 22 Fotos | Pb. | 14,8 x 21 cm  
ISBN 978-3-86505-801-0 | € 19,90 [D]



Fabian Georgi  
**Managing Migration?**  
Eine kritische Geschichte der Internationalen  
Organisation für Migration (IOM)  
448 Seiten | Pb. | 14,8 x 21 cm  
ISBN 978-3-86505-803-4 | € 25,- [D]



Sebastian Klauke  
**Kapital & Krise**  
Zur Theorie der Multiplen Krise des Kapitalismus  
508 Seiten | Pb. | 14,8 x 21 cm  
ISBN 978-3-86505-804-1 | € 29,- [D]



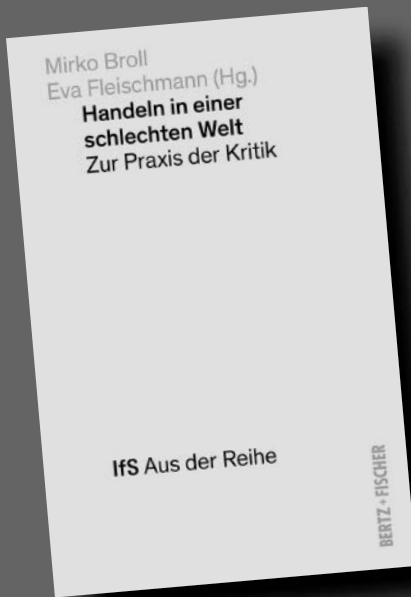
Sonja Buckel / Judith Kopp  
**Fluchtursachen**  
Das Recht, nicht gehen zu müssen,  
und die Politik Europas  
184 Seiten | Pb. | 14,8 x 21 cm  
ISBN 978-3-86505-771-6 | € 18,- [D]



Stephan Lessenich /  
Thomas Scheffer (Hg.)  
**Gesellschaften unter  
Handlungszwang**  
Existenzielle Probleme,  
Normalität und Kritik  
IfS Aus der Reihe 2  
ca. 208 Seiten  
Paperback, 11 x 17 cm  
€ 18,- [D] / € 18,50 [A]  
ISBN 978-3-86505-852-2  
Erscheint im Frühjahr 2024

Klimawandel, Armutsmigration, Krieg: Wir stehen vor einer ganzen Reihe existenzieller Probleme, die spätmoderne Gesellschaften ebenso herausfordern wie deren Gesellschaftswissenschaften – und beide allem Anschein nach überfordern. Der Band fragt danach, wie der Problemschwere zunächst wissenschaftlich, sodann aber auch gesellschaftlich überhaupt Rechnung zu tragen wäre: Was bräuchte es, um den existenziellen Charakter von Problemen zu realisieren, also zum einen zu erkennen, zum anderen aber auch zur Leitlinie des eigenen Handelns zu machen? Was verhindert die so verstandene Realisierung der großen Fragen unserer Zeit? Und wie wäre es um die überkommenen Formen gesellschaftlicher Normalitätsproduktion bestellt, wenn existenzielle Probleme als solche anerkannt und angegangen würden? Das Buch ist als Debattenband konzipiert, in dem die Herausgeber auf kritische Repliken zu ihren jeweiligen Positionen gemeinsam Stellung beziehen.

Mit Beiträgen von Christine Hentschel, Susanne Krasmann, Henning Laux, Stephan Lessenich und Thomas Scheffer.



Mirko Broll /  
Eva Fleischmann (Hg.)  
**Handeln in einer  
schlechten Welt**  
Zur Praxis der Kritik  
IfS Aus der Reihe 3  
ca. 208 Seiten  
Paperback, 11 x 17 cm  
€ 18,- [D] / € 18,50 [A]  
978-3-86505-853-9  
Erscheint im Frühjahr 2024

Die gesellschaftlichen Verhältnisse als unhaltbar auszuweisen, gehört seit eh und je zum guten Ton der Kritischen Theorie. Dass sie deswegen ein unproblematisches Verhältnis zur praktischen Gesellschaftskritik hätte, wird man allerdings nicht behaupten können. Die vielfältigen Orte der Kritik an den Verhältnissen – eben nicht nur in der Akademie, sondern auch im Alltag, auf der Arbeit, als Aktivismus – machen der wissenschaftlichen Kritikproduktion durchaus zu schaffen.

Indem dieses Buch einige außerakademische Orte gesellschaftskritischer Praxis besucht, stellt es sich der Frage, wo und wie sich Theorie und Praxis wechselseitig stärken können. Für kritische Gesellschaftstheorie im Handgemenge bedeutet das, beweglich zu bleiben und sich von der Praxis der Kritik inspirieren und irritieren zu lassen. So schonungslos sich Kritische Theorie gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen zeigt, so ungeschützt müsste sie sich auch einer praktisch gewordenen Kritik stellen. Im Wissen darum, dass letztlich beide das Gleiche wollen: dass es anders wird.

**BERTZ + FISCHER**

Reihe  
**RECHT – STAAT – KRITIK**



AG Rechtskritik (Hg.)  
**Rechtskritik mit Louis Althusser**  
ca. 120 Seiten  
Pb. | 14,8 x 21 cm | € 15,- [D]  
ISBN 978-3-86505-805-8

Mit Beiträgen von Katja Diefenbach,  
André Kistner, Ingo Kramer, Hanna  
Meißner, Jens-Christian Müller-Tuckfeld,  
Matthias Peitsch, Christian Schmidt,  
Laurent de Sutter und Frieder Otto Wolf.

AG Rechtskritik (Hg.)  
**Rechts- und Staatskritik nach  
Marx und Paschukanis**  
140 Seiten  
Pb. | 14,8 x 21 cm | € 14,90 [D]  
ISBN 978-3-86505-802-7

Mit Beiträgen von Andreas Arndt,  
Simon Birnbaum, Ingo Elbe, Andreas  
Fisahn, Heide Gerstenberger, Jakob  
Graf, Andreas Harms, Mohammad  
Kalali, Ashkan Khorasani, André  
Kistner, Ingo Kramer, Anne-Kathrin  
Krug und Matthias Peitsch.



[www.bertz-fischer.de](http://www.bertz-fischer.de) | [mail@bertz-fischer.de](mailto:mail@bertz-fischer.de) | Newsletter: [bertz-fischer.de/newsletter](http://bertz-fischer.de/newsletter)